

## Präsident Maduro verkündet „Volksdiktatur“

VENEZUELAS SOZIALISTISCHE REGIERUNG SUSPENDIERT

ABBERUFUNGSREFERENDUM

**Mit der Aufhebung des Abberufungsreferendums schafft Venezuelas sozialistische Regierung nach Auffassung vieler nationaler wie internationaler Beobachter die demokratische Ordnung ab. Der regierungshörige Nationale Wahlrat (CNE) suspendierte am 20. Oktober das Referendum, nachdem chavistisch kontrollierte Regionalgerichte ohne stichhaltige Beweise und Kompetenzen die erste Abstimmung des Abberufungsverfahrens wegen vermuteten Manipulationen für ungültig erklärt haben. Damit wurde ein demokratisches Verfahren zur möglichen Abwahl der Regierung verhindert. Zudem werden die für dieses Jahr fälligen Regionalwahlen vorerst nicht stattfinden. Selbst Präsident Maduro spricht neuerdings von einer „Volksdiktatur“, während der zweite starke Mann in der regierenden Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) gegen die Demokratie wettet. Vor dem Hintergrund einer historischen Wirtschaftskrise radikalisiert sich die sozialistische Regierung somit noch stärker und erschwert die Möglichkeit eines Dialogs durch Vermittlung der Katholischen Kirche. Die Opposition hat für Mittwoch, den 26. Oktober zu landesweiten Großdemonstrationen aufgerufen.**

Bereits in den letzten Wochen verdichteten sich die Gerüchte, die Regierung könnte das Abberufungsreferendum suspendieren, das die „Mesa de Unidad Democrática“ („Tisch der demokratischen Einheit“, MUD) schon im April auf den Weg gebracht hat. Damit sind nun alle demokratischen Wege der vor-

zeitigen Abwahl der Regierung nicht mehr möglich.

Für das Referendum sind drei wesentliche Schritte von Bedeutung:

Erstens musste sich mindestens ein Prozent aller im Register eingetragenen Wähler im Juni in einer Unterschriftensammlung in allen 23 Bundesstaaten und dem Hauptstadt-distrikt für ein Referendum aussprechen. Die Unterschriften mussten durch persönliches Erscheinen validiert werden. Die Ein-Prozent-Hürde wurde schnell erreicht, obwohl der Wahlrat zu wenige elektronische Validierungsmaschinen bereitstellte und die zuvor eingesammelten Unterschriften größtenteils ohne Angabe von Gründen nicht anerkannte. Viele Staatsbedienstete wurden im Nachgang mit der Begründung entlassen, sie hätten ebenfalls für die Durchführung des Referendums unterschrieben.

In einem zweiten Schritt, der ursprünglich für den 25.-27. Oktober angesetzt war, hätte eine Abstimmung (keine Unterschriftensammlung) durchgeführt werden müssen, bei der mindestens 20 Prozent der im Register eingetragenen Wähler für ein Referendum hätten stimmen müssen. Eigentlich ist in der Verfassung eindeutig festgeschrieben, dass die 20-Prozent-Marke sich auf die nationale Ebene und nicht auf die Bundesstaatsebene bezieht. Doch vermutlich aufgrund der desaströsen Stimmungslage für die Regierung entschied der von der ihr gelenkte Oberste Gerichtshof vor wenigen Tagen, dass in jedem Bundesstaat 20 Prozent erreicht werden müssen. Den verschiedenen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Oktober 2016

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

Meinungsumfragen zufolge beabsichtigten jedoch sogar zwischen 11 bis 13 Millionen der 19 Millionen Wähler, in dieser Woche an der ursprünglich angesetzten Abstimmung teilzunehmen.

In einem dritten Schritt wäre erst das eigentliche Abberufungsreferendum durchgeführt worden, bei dem sich mehr Wähler für eine Abwahl Maduros hätten aussprechen müssen, als dieser Stimmen bei seiner Wahl im Jahr 2013 erhalten hatte. Mit rund 7,5 Millionen Stimmen wäre die Messlatte zwar hoch, aber angesichts der katastrophalen Lage im Land und der miserablen, ergebnislosen Politik der chavistischen Regierung in jedem Fall erreichbar gewesen.

#### **Regierung verhindert wegen ihrer Unpopularität Wahlgänge**

Wohl aus Angst vor einer haushohen Niederlage – einer weiteren nach der verlorenen Parlamentswahl 2015 – zog die Regierung die Notbremse. Die Opposition wirft der Regierung daher vor, sie habe durch die Regionalgerichte und den CNE das Abberufungsreferendum suspendieren lassen. Schon zuvor versuchte die Regierung das Abberufungsverfahren mit allerlei illegitimen Mittel zu verzögern und wählte mit der jüngsten Entscheidung den Weg der Konfrontation statt der Deeskalation. Die Entwicklung kommt keineswegs überraschend, da Maduro in den letzten Monaten bereits mehrfach die Verfassung gebrochen hat, um den drohenden Machtverlust aufzuhalten. Seitdem die MUD nach den gewonnenen Parlamentswahlen im Dezember 2015 die Mehrheit in der Nationalversammlung stellt, wurden über 40 Gesetzesinitiativen von dem regierungstreuen Obersten Gerichtshof kassiert. Letztes prominentes Beispiel war der Verfassungsbruch, als Präsident Maduro den nationalen Haushalt für das Jahr 2017 ohne Parlamentsbeschluss verabschiedete. Dies begründete er damit, dass der Oberste Gerichtshof das Parlament für nicht abstimmungsfähig erklärte, da drei der 167 vereidigten Abgeordneten durch angeblichen Stimmenkauf ihr Mandat gewonnen hätten. Entsprechende Beweise gibt es hierfür nicht.

Seit Monaten untergräbt die Regierung systematisch mithilfe der Gerichte und des Wahlrates die Autorität des Parlaments. Abgeordnete, ihre Mitarbeiter und neu eingestellte Parlamentsangestellte erhalten seit Beginn ihrer Tätigkeit kein Gehalt und keine Mittel für den Parlamentsbetrieb. Die Vorgehensweise der Regierung zielte nach Einschätzung kritischer Beobachter auf eine Entmachtung des Parlaments ab, um den eigenen Machtverlust zu verhindern.

#### **MUD ruft Bevölkerung zur Großdemonstration auf**

Zusammen mit der Aufhebung des Abberufungsreferendums verbot die Regierung 15 Politikern und Funktionären der Opposition, das Land zu verlassen, u.a. dem Generalsekretär der MUD, Jesus Torrealba und dem Gouverneur von Miranda, Henrique Capriles Radonski. Als Reaktion auf die Vorkommnisse verurteilten die Oppositionsparteien und die MUD als Bündnis das Vorgehen der Regierung scharf. Sie riefen die Venezolaner zum Widerstand gegen den Versuch der Regierung auf, die verfassungsgemäße Ordnung abzuschaffen.

Für Mittwoch, den 26. Oktober kündigte die MUD zudem eine landesweite Großdemonstration an. Selbst die moderaten Kräfte der MUD zeigten sich entschlossen und deuteten an, man werde notfalls bis zum Präsidentenpalast marschieren. Da um diesen herum Militär und chavistische, paramilitärische Kräfte jegliche regierungskritische Aktionen unterbinden würden, ist es sehr gut möglich, dass es zu heftigen Zusammenstößen kommen kann.

#### **Sondersitzung im Parlament zur Wiederherstellung der Demokratie**

Sonntag, den 23. Oktober trat das Parlament zu einer Sondersitzung zusammen, um über das weitere Vorgehen gegen die eigene Entmachtung zu beraten. Um die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen, wurde mit einer Zweidrittelmehrheit ein Beschluss gefasst, der u.a. folgende Punkte enthielt:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Oktober 2016

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

Erstens wurde ein Staatsstreich der Regierung von Maduro festgestellt.

Zweitens wurde die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, alle möglichen Mechanismen zu aktivieren, um die Rechte des venezolanischen Volkes im Rahmen der demokratischen Ordnung zu garantieren.

Drittens werden die Rektoren des Nationalen Wahlrates und die Richter des Obersten Gerichtshofes, die sich für die Aufhebung des Abberufungsreferendums einsetzten, beim Internationalen Strafgerichtshof angezeigt werden.

Viertens werden diejenigen Rektoren des Wahlrates, die ihr Amt seit 2014 nur provisorisch ausüben oder dieses Jahr neu ernannt werden müssen, neu bestimmt.

Fünftens müssen die Richter des Obersten Gerichtshofes, die im Dezember 2015 nach der Wahl, aber noch kurz vor Arbeitsaufnahme des neuen Parlaments unter Druck und im Rahmen eines nicht verfassungsgemäßen Verfahrens ernannt worden sind, unmittelbar neu bestimmt werden.

Sechstens wird darüber beraten, wie mit dem „inkonstitutionellen Umgang Nicolás Maduros' mit seiner Präsidentschaft“ umgegangen wird. Die politische Verantwortung für die derzeitige Situation wird ihm zugeschrieben.

Siebtens wird zur Umsetzung dieses Beschlusses eine Sonderkommission eingerichtet.

Achtens wird das Militär dazu aufgerufen, sich für das Aufrechterhalten der verfassungsgemäßen Ordnung einzusetzen.

Neuntens werden nach Artikel 333 der Verfassung die Bürger zu ihrer Pflicht aufgerufen, sich aktiv bei der Wiederherstellung und Verteidigung der verfassungsgemäßen Ordnung zu beteiligen.

**Chavistische Gruppen stürmen unter Duldung des Militärs Parlament**

Die Regierung reagierte entsprechend und ließ von ihr bezahlte Bürger und paramilitärische Colectivos vor dem Parlament aufmarschieren. Die Einschätzung, dass die Proteste vor und im Parlament nicht spontan waren, sondern von der Regierung sorgfältig geplant wurden, wird nicht nur von Regierungskritikern sondern auch von maßgeblichen internationalen Experten geteilt. Die Protestteilnehmer drangen während der Sitzung des Parlaments gewaltsam und lautstark auf das Gelände ein und gelangten bis in den Plenarsaal, um die Sitzung zu unterbrechen. Videoaufnahmen belegen, dass der chavistische Spitzenpolitiker und Bürgermeister der Hauptstadtgemeinde Libertador, Jorge Rodríguez, persönlich die Aktion vor Ort anführte<sup>1</sup>. Laut Berichten von Augenzeugen und Opfern wurden etliche Sympathisanten der Opposition im Umfeld des Parlamentsgebäudes von den chavistischen Gruppen bedroht, geschlagen und ausgeraubt. Auch innerhalb des Parlaments gab es ähnliche Vorfälle. Die anwesende Nationalgarde, die dem Militär unterstellt ist, ließ das Treiben der chavistischen Rowdies ohne weiteres zu und schritt erst ein, als auch die Regierungsfraktion die Eindringlinge stoppte. Mehrere Anwesende, die sich in der Enge des Parlaments in unmittelbarer Nähe des chavistischen Fraktionsvorsitzenden Hector Rodríguez befanden, wurden Zeuge, wie dieser den Anführer der Störenfriede Jorge Rodríguez mit den Worten: „Die Aktion war so nicht abgemacht,“ zur Vernunft rief.

Die Botschaft dieser von der Regierung induzierten Aktion war unmissverständlich: notfalls werde man auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Auch der Abgeordnete der Regierungsfraktion, Earle Herrera, wollte

<sup>1</sup> Siehe:

<https://www.youtube.com/watch?v=qjzPOEG3XxI> sowie

<https://www.youtube.com/watch?v=c5PO8kLf7BU>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Oktober 2016

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

zeigen, wer Herr im Hause ist und sagte mit Blick auf die Reaktion der Opposition im Parlament, dass „bellende Hunde nicht beißen.“

#### **Maduro auf „Blitzbesuch“ im Ausland**

„Volksdiktator“ Maduro selbst befindet sich seit Donnerstag überraschend auf Auslandsreise, um andere OPEC-Länder davon zu überzeugen, den Ölpreis durch Förderdrosselung zu stützen. Es ist schwer zu glauben, dass die Reise, für die zunächst offiziell kein Rückkehrdatum genannt wurde, diesem Zweck dienen soll. Vielmehr dürfte dahinter eine Vorsichtsmaßnahme der Regierung vermutet werden, Maduro in Sicherheit zu bringen, bevor man das Abberufungsreferendum aufhob und die Reaktion der Opposition und des Volkes noch nicht abzuschätzen vermochte. Maduro selbst sagte noch am Donnerstag, Venezuela sei keine Diktatur, sondern eine Art „Volksdiktatur“ („Dictapueblo“). Wie so oft, handelt es sich um alberne Wortklauberei, um die Verantwortung für die kollabierende Wirtschaft und den sozialen Zusammenbruch im Land von sich zu weisen und Verwirrung zu stiften. Offensichtlich versucht die Regierung, sich durch verstärkte Repression an der Macht zu halten – auch gegen den eindeutigen Wunsch der Bevölkerung nach einem politischen Wechsel.

Am Montag kündigte Maduro überraschend an, er werde vorzeitig zurückkehren und legte einen nicht geplanten Zwischenstopp bei dem Papst in Rom ein. Der Heilige Stuhl engagiert sich seit geraumer Zeit für einen Dialogversuch zwischen Regierung und Opposition.

#### **Dialog zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum Aussicht auf Erfolg**

Die Nachricht eines Treffens zwischen dem Päpstlichen Sondergesandten Emil Paul Tscherrig, sonst Nuntius in Buenos Aires, mit dem Generalsekretär der MUD, stieß in der Bevölkerung auf starke Ablehnung. Da es keine Pressefreiheit gibt, verlagern sich in Venezuela die öffentlichen Debatten stark in die Sozialen Netzwerke und Online-Medien. Das Votum fiel hier klar aus: die

Regierung hatte ihre Chance, die Zeit des Redens ist vorbei. Frühere Dialogversuche sind immer kläglich gescheitert, da die Regierung diese nur nutzte, um Zeit zu gewinnen und die MUD vorzuführen. Wichtige Köpfe der Opposition, darunter der zweimalige Präsidentschaftskandidat Henrique Capriles, Maria Corina Machado oder verschiedene führende Politiker von Voluntad Popular, sagten, sie hätten von dem Dialog aus den Medien erfahren und riefen die Bevölkerung unter dem Motto „Einnahme Venezuelas“ zu der Großdemonstration am Mittwoch auf.

Der Vatikan hingegen ließ verlautbaren, dass am 30. Oktober ein erstes Sondierungsgespräch zwischen der Opposition und der Regierung auf der Isla Margarita stattfinden soll. Sofern das Treffen stattfinden sollte, wird seitens der MUD sicherlich Generalsekretär Torrealba die Wortführung übernehmen, während auf Regierungsseite, wie schon bei früheren Dialogversuchen, kein geringerer als Prügelpolitiker Jorge Rodríguez als Teil der Delegation zu erwarten sein dürfte. Kein Wunder, dass die Bevölkerung einem Dialogversuch wenig Glauben schenkt.

Venezuela steht nach Auffassung interner und externer Beobachter an einem Scheideweg zwischen Diktatur und Kampf um Demokratie. Der Politikprofessor der katholischen Universität in Caracas, Benigno Alarcón, warnte davor, dass eine ausbleibende heftige Reaktion der venezolanischen Bevölkerung auf die Abschaffung der Demokratie eine faktische Anerkennung des Regimes bedeuten würde. Ein nächster möglicher Schritt könnte die Errichtung eines Einparteiensstaats sein, so der Dekan der politikwissenschaftlichen Fakultät.

Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Jorge Almagro, verurteilte das Vorgehen der venezolanischen Regierung scharf und stellte einen „Zusammenbruch der Demokratie“ fest. „Nur Diktaturen rauben ihren Bürgern die Rechte, erkennen die Legislative nicht an und haben politische Gefangene“, so der Uruguayer über den Kurznachrichtendienst Twitter.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

Oktober 2016

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

Auch die Präsidenten Argentiniens, Uruguays oder Perus kritisierten die venezolanische Regierung. Der Mercosur wird zu einer Sondersitzung zusammentreffen, um Venezuela wegen der Abschaffung der demokratischen Ordnung aus dem Staatenbündnis auszuschließen.

Internationale Kommentatoren stießen in dasselbe Horn und warnten vor einer neuen Diktatur in Venezuela, darunter auch die Deutsche Welle<sup>2</sup>, das US-Politmagazin America's Quarterly<sup>3</sup> oder die New York Times<sup>4</sup>. Die Washington Post brachte es schlicht auf den Punkt: „It's official, Venezuela is a full-blown dictatorship.“<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Siehe Deutsche Welle:

<http://www.dw.com/de/kommentar-vorhang-auf-f%C3%BCr-die-diktatur-in-venezuela/a-36110606>

<sup>3</sup> Siehe America's Quarterly:

<http://americasquarterly.org/content/venezuelas-odd-transition-dictatorship>

<sup>4</sup> Siehe New York Times:

[http://www.nytimes.com/2016/10/25/opinion/venezuela-democracy-in-limbo.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2016/10/25/opinion/venezuela-democracy-in-limbo.html?_r=0)

<sup>5</sup> Siehe Washington Post: „It's official, Venezuela is a dictatorship.“